

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Mai 2026

# hauptstadt magazin



Besoldungsgesetze  
**Die Zeit drängt!**



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© dbb berlin

## Inhalt

### Gewerkschaftspolitik

Letzter Aufruf! dbb jugend wählen!	4
Reparaturgesetz: Ausgleich für alle Betroffenen gefordert	5
dbb berlin will Erweiterungen beim Sonderurlaub	6
Gespräch mit SPD-Fraktionssprecher	7

### Verwaltungsreform

Konnexitätsausführungsgesetz auf den Weg gebracht	8
---	---

### Frauen

Erfolgreich beim Bundesfrauenkongress	9
---------------------------------------	---

### Gesundheit und Soziales

Besuch vom Regierenden Bürgermeister	10
Besonderheiten beim Mutterschutz beachten	10

### DPoIG Berlin

Gefährliches Politikversagen!	11
-------------------------------	----

### Abgeordnetenhauswahlen

Wahlhelfer gesucht	12
--------------------	----

### Vorankündigung

dbb berlin wieder beim Motzstraßenfest	12
--	----

### Unterhaltung

Weltkulturerbe und Denkmalschutz in Siemensstadt	13
Preisrätsel	15
Neu: digitaler Kompetenznachweis	16
Letzte Meldung: Gesetzentwurf vorgelegt	16

## Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der dbb berlin verstärkt seinen Druck auf die Politik, damit endlich auch für die Berliner Beamtinnen und Beamten eine gerechte und verfassungsfeste Besoldung Wirklichkeit wird. Mit der SPD-Fraktion haben wir bereits gesprochen, mit dem Regierenden Bürgermeister ist ein Gespräch vereinbart und im Mai ist ein weiterer Termin mit dem zuständigen Finanzsenator anberaumt, bei dem wir auf eine schnelle Gesetzgebung zur Besoldungsanpassung und zur Reparatur der Verfassungsverstöße gegen die amts-angemessene Alimentation drängen werden. Natürlich wird es auch um die von der Bundesregierung wegen der steigenden Energiekosten angeregte abgabenfreie Entlastungsprämie und um unsere Forderungen in Sachen Sonderurlaub gehen.

Ein gefährliches Politikversagen in Zusammenhang mit verhaltensauffälligen Tätern will die Berliner Polizei mithilfe eines eigenen Pilotprojekts ausgleichen – und erntet dafür teilweise üble Unterstellungen. Die DPoIG Berlin wehrt sich nach Kräften und beschuldigt die Kritiker, von eigenen Versäumnissen im Gesundheitswesen ablenken zu wollen.

Erfolgreich eingebracht haben sich die Frauen des dbb berlin beim dbb Bundesfrauenkongress im vergangenen März. Alle Anträge der dbb landesfrauenvertretung fanden breite Mehrheiten.

Im Mittelpunkt unseres Unterhaltungsteils steht ein Besuch der Siemensstadt, deren Werksiedlung und deren Großsiedlung unter Denkmalschutz stehen, wobei sich Letztere sogar wegen ihrer beeindruckenden Bauhaus-Architektur zum Weltkulturerbe zählen darf.

Gute Unterhaltung und einen sonnigen Mai wünscht

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

**Redaktion:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:**

mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:**

marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 23, gültig

ab 1.1.2026. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

**Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

**Titelbild:** © Daniel - stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

## HJAV-Wahlen

# Letzter Aufruf! dbb jugend wählen!

Noch laufen die HJAV-Wahlen. Bis 31. Mai besteht in vielen Berliner Behörden die Chance für die jungen Beschäftigten, Auszubildenden und Anwärter, die Zukunft mitzugestalten.

Denn genau das haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb jugend berlin auf die Fahnen geschrieben.

Unter dem Motto „Zukunft ist kein Zufall“ wollen Steueroberinspektorin Anne-Cathrin Horak, Polizeimeister Robin Hermann, Steuerinspektor Maximilian Hundsdörfer, Polizeikommissaranwärter Alexander Rohr, Steuerinspektorin Catalina Lachenmeir und die Auszubildende als Verwaltungsfachangestellte, Laura Siehl, Probleme und Themen rund um die Ausbildung offensiv angehen und für Verbesserungen etwa bei Wohnungsfürsorge oder Sozialleistungen wie dem BVG-Ticket sorgen.

Auch was die Ausbildung selbst betrifft, fehlt es dem Team der dbb jugend nicht an konkreten Verbesserungsvorschlägen. So ist beim Praxisbezug der Aus-

bildung bei Betreuung und Transparenz sowie bei der Kommunikation mit den Ausbildern oft durchaus noch Luft nach oben.

## Engagierte und erfahrene Kandidaten

An Engagement und auch der notwendigen Erfahrung, um die Zukunft eben nicht dem Zufall zu überlassen, sondern sie aktiv im Sinne des Nachwuchses mitzugestalten, fehlt es den Kandidatinnen und Kandidaten der dbb jugend nicht. Fast alle haben sich in der Mitbestimmungsarbeit längst die ersten Sporen verdient, teilweise bereits im Gesamtpersonalrat. Sie wissen insofern sehr genau, welche Anliegen nur verwaltungsübergreifend, also auf HJAV-Ebene, aufgegriffen werden können. Aber ebenso wichtig im Team der dbb jugend: die Kandidaten, die noch in der Ausbildung stehen und hautnah Eindrücke und Erfahrungen sammeln und weitergeben können.

## „Zukunft ist kein Zufall“ – deshalb dbb jugend wählen!

Wer mehr über die HJAV-Wahlen in Berlin wissen will: Unter <https://www.berlin.de/hjav/interessenvertretungen/jav-wahl/haupt-jav-wahl-2026/haupt-jav-wahl-2026-1634669.php> hat der Hauptwahlvorstand alle einschlägigen Informationen zusammengestellt.





## Amtsangemessene Alimentation

# dbb berlin fordert Ausgleich für alle Betroffenen

„Wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass die Besoldung über mehrere Jahre verfassungswidrig war, dann stehen allen Betroffenen Ausgleichszahlungen zu!“ Diese Forderung des dbb berlin hat Landeschef Frank Becker Anfang April gegenüber der Berliner Morgenpost unterstrichen.

Bislang beabsichtigt Finanzsenator Stefan Evers, mit einem monströsen Verwaltungsaufwand nur die Beamten zu entschädigen, die gegen ihre Besoldungsmittelungen in den Jahren 2008 bis 2020 Widerspruch eingelegt haben. Ein solches Vorgehen ist weder gerecht noch schnell umsetzbar, denn die Prüfung, Berechnung und Auszahlung der individuellen Ansprüche würden das Land über Jahre beschäftigen.

### Schnelle Lösung gefragt

Dringend notwendig ist deshalb ein zügig umsetzbares Reparaturgesetz, das allen Betroffenen Gerechtigkeit widerfahren lässt. Ein erster Entwurf war von Finanzsenator Stefan Evers zunächst noch vor der parlamentarischen Sommerpause angekündigt

worden. Der dbb berlin kritisiert, dass dieser Zeitplan nicht mehr eingehalten werden soll: „Ich warne den Senat davor, auf Zeit zu spielen“, so Frank Becker gegenüber der Berliner Morgenpost. „Wir erwarten, dass schnell gehandelt wird.“ Denn das grundsätzliche Problem sei allen Beteiligten schon lange bekannt. Das Thema amtsangemessene Alimentation stehe schon seit Jahren als Punkt eins auf der Tagesordnung bei dbb Gesprächen mit Vertretern der Senatsverwaltung für Finanzen. Getan habe sich allerdings wenig. „Das Vertrauensverhältnis der Landesbeamten zum Senat und auch zum Abgeordnetenhaus ist sehr strapaziert worden in den letzten Jahren“, warnte Becker, der in seine Kritik ausdrücklich auch die Vorgängersenate einbezog. Es brauche deshalb schnell eine Lösung. ■

## dbb berlin will Entlastungsprämie

Der dbb berlin hat Finanzsenator Stefan Evers aufgefordert, den Beschäftigten des Landes Berlin den 1.000-Euro-Bonus auszuzahlen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. „Wenn die Bundesregierung diese Möglichkeit schafft, sollte der Staat auch mit gutem Beispiel vorangehen“, sagte Frank Becker, Vorsitzender des dbb berlin, dem Tagesspiegel.

Der Bonus ist Teil des Entlastungspakets infolge der gestiegenen Energiepreise, das die Bundesregierung vorgestellt hat. Neben der Möglichkeit der abgabenfreien Prämie hatte sich die schwarz-rote Koalition darauf verständigt, die Energiesteuer bei Diesel und Benzin für zwei Monate zu senken.

Finanzsenator Stefan Evers (CDU) reagierte in der Senatspressekonferenz zunächst ausweichend auf

die Möglichkeit von Bonuszahlungen. Eine Bewertung stehe noch aus. Die Entscheidung der Bundesregierung habe den Senat „relativ unvorbereitet erreicht“. ■





## Sonderurlaub

# dbb berlin schlägt Erweiterungen vor

Der dbb berlin hat bei Finanzsenator Stefan Evers drei Verbesserungen beim Sonderurlaub für Beamte angeregt.

### Zusatzurlaub bei Behinderungsgrad von 25 Prozent

So sollte künftig auch in Berlin dem erhöhten Erholungsbedürfnis von behinderten Beamten ab einem Behinderungsgrad von 25 Prozent mit einem jährlichen Zusatzurlaub von bis zu drei Arbeitstagen Rechnung getragen werden. Im Bundesland Hessen greift eine derartige Regelung bereits.

### Zusatzurlaub für besondere Leistungen

Auch für besondere Leistungen sollte künftig Zusatzurlaub gewährt werden. Das ist umso dringlicher, als die frühere Möglichkeit, außerordentliche Leistungen mit einem freien Tag zu honorieren, seit Anfang des Jahres weggefallen ist. Der Zusatzurlaub sollte deshalb der Anerkennung und Wertschätzung für Arbeitsleistungen, die über das übliche Maß hinausgehen, dienen.

Auch dazu finden sich entsprechende Regelungen in anderen Bundesländern. Der dbb berlin verweist in seinem Schreiben an den Finanzsenator konkret auf Verordnungen in Baden-Württemberg und Brandenburg, die für besonders aner kennenswerte Leistungen bis zu drei Tage Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge vorsehen.

### Rechtssicherheit bei Ideenmanagement II schaffen

Schließlich verweist der dbb berlin in seinem Schreiben auf Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Honorierung von Verbesserungsvorschlägen, die ebenfalls mithilfe eines Sonderurlaubs ausgeräumt werden könnten. Denn nach dem Berliner Ideenmanagement II soll zwar für umgesetzte Qualitätsvorschläge neben Geldprämien und Sachprämien auch ein Freizeitausgleich gewährt werden. Letzterer wird allerdings wegen der seit Anfang Januar greifenden unzulässigen Gewährung eines freien Tages in den Dienststellen zunehmend infrage gestellt. Um Rechtssicherheit zu schaffen, sollte deshalb – wie in Baden-Württemberg – eine entsprechende Bestimmung in die Sonderurlaubsverordnung aufgenommen werden.

Schon zuvor hatte der dbb berlin auf eine Aktualisierung der Sonderurlaubsbestimmungen gedrängt, und zwar bei Erkrankung von Kindern. Erfreulicherweise wurde diese Änderung inzwischen zeitnah vollzogen, sodass Beamtinnen und Beamte weiterhin in Analogie zu den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches bei Erkrankung eines jeden Kindes unter zwölf Jahren einen Anspruch auf bis zu 15 Arbeitstage Sonderurlaub haben. Alleinerziehende können längstens 30 Tage pro Kind in Anspruch nehmen. ■

## Gespräch mit der SPD-Fraktion

# Besoldungsgesetze müssen jetzt schnell kommen!

Die Landesleitung des dbb berlin hat erneut auf eine unverzügliche Gesetzgebung zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst der Länder auf die Berliner Landesbeamten gedrängt.



Die Gesprächsrunde bei der SPD-Fraktion. Am Tisch links: Martina Riedel, stellvertretende dbb Landesvorsitzende, Frank Becker, Landesvorsitzender, Bodo Pfalzgraf, stellvertretender dbb Landesvorsitzender. Auf der rechten Seite Lars Rauchfuß MdA (SPD-Fraktion) mit einer Mitarbeiterin. Nicht im Bild ist der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny, der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm.

© Thomas Goiny

In einem Gespräch mit dem Sprecher der SPD-Fraktion für Personal und Verwaltungsmodernisierung im Abgeordnetenhaus von Berlin, Lars Rauchfuß, warnte dbb Landeschef Frank Becker am 16. April 2026 eindringlich vor einem weiteren, womöglich irreparablen Vertrauensverlust der Politik bei Landesbeamten und Versorgungsempfängern, wenn ihnen nach jahrelanger Verweigerung ihrer amtsangemessenen Alimentation jetzt noch eine Hängepartie bei der Bezügeanpassung zugemutet werden sollte.

„Klare Signale, wann der konkrete Entwurf des hierfür notwendigen Besoldungsanpassungsgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung in das Parlament eingebracht wird, können wir bis zum heutigen Tage nicht erkennen“, kritisierte Becker.

### Zeitnahe Ausgleichszahlungen für alle Betroffenen

Eile sei auch bei der Vorlage des Reparaturgesetzes geboten, das die jahrelang verfassungswidrige

Bezahlung der Beamtinnen und Beamten in Berlin beseitigen soll. Das Bundesverfassungsgericht hatte im vergangenen Herbst entsprechende Verstöße gegen die amtsangemessene Alimentation eindeutig festgestellt.

„Dem dbb berlin ist bewusst, dass dies keine einfache Aufgabe ist. Eine umgehende, gerechte Lösung und eine zeitnahe Nachzahlung den gerichtlichen Vorgaben entsprechend ist aber unabdingbar, nachdem den Betroffenen über Jahre hinweg eine Verschleppungstaktik zugemutet worden ist“, bekräftigte Becker, der zugleich Nachzahlungen für alle betroffenen Beamten und Pensionäre forderte.

Bislang soll den Ausgleich nur erhalten, wer Jahr für Jahr Widerspruch eingelegt hat. „Als Beschäftigter des öffentlichen Dienstes darf man erwarten, dass der Dienstherr seine Beamtinnen und Beamten verfassungsgemäß bezahlt. Macht er das – auch nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts – nicht, dann müssen eben alle diese Nachzahlung erhalten“, begründete Becker die Forderung.

## Neues Gesetz soll für strikte Konnexität sorgen

Der Berliner Senat hat am 14. April 2026 mit der Weiterleitung eines Konnexitätsausführungsgesetzes an den Rat der Bürgermeister einen weiteren Schritt in Richtung Verwaltungsreform getan. Mit dem Gesetz soll die Funktionsfähigkeit der Bezirksverwaltung gestärkt und die gesamtstädtische Steuerung verbessert werden.



Konkret geht es um die systematische, rechtssichere und transparente Anwendung des in der Berliner Verfassung angelegten Konnexitätsprinzips, nach dem die staatliche Ebene, die Aufgaben überträgt, auch die notwendigen Mittel bereitstellen muss.

Dieser Grundsatz dient in Berlin dem Schutz der bezirklichen Finanzen vor finanzieller Überlastung durch das Land. Während bislang die Pflicht zur Regelung der Kostenerstattung oft ohne zwingenden vollständigen Ausgleich blieb, soll der finanzielle Ausgleich künftig bereits bei Aufgabenübertragung sichergestellt sein.

Insofern stellt das Konnexitätsausführungsgesetz eine verbindliche Rechtsgrundlage für die angemessene finanzielle wie personelle Ausstattung der Berliner Bezirke dar, die bei der Wahrnehmung von ihnen durch das Land zugewiesenen Aufgaben nicht länger strukturell überlastet werden.

Nach dem Gesetz müssen deshalb künftig Bedarfe frühzeitig festgestellt, Ausgleichsentscheidungen beschleunigt und Haushaltsplanungen verlässlich und transparent aufgestellt werden. Die fachlich zuständige Senatsverwaltung muss dann bei Gesetz- oder Rechtsverordnungsentwürfen für neue oder geänderte öffentliche Aufgaben frühzeitig die finan-

ziellen und auch die personellen Auswirkungen für die Bezirke prüfen.

### Mehr Planungssicherheit

Dazu Finanzsenator Stefan Evers, der den Gesetzentwurf vorgelegt hat: „Wer Aufgaben überträgt, muss auch die notwendigen Mittel bereitstellen – dieses Prinzip setzen wir mit dem Konnexitätsausführungsgesetz nun klar und verbindlich um. Damit stärken wir die Bezirke strukturell, schaffen mehr Planungssicherheit und treiben die Verwaltungsreform konsequent voran. Es schärft gezielt das Kosten- und Effizienzbewusstsein der Berliner Verwaltung. Das ist ein weiterer Schritt hin zu einer leistungsfähigen Verwaltung – und das tut Berlin gut.“

Das Konnexitätsausführungsgesetz soll spätestens fünf Jahre nach dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens unter wissenschaftlicher Begleitung evaluiert werden.

Der dbb berlin begrüßt die Absicht, mit dem Gesetz eine strikte Konnexität in Berlin sicherzustellen und damit zuverlässige Planungsgrundlagen für die Bezirksverwaltungen zu schaffen. „Allerdings wird der Erfolg auch hier von einer konsequenten Umsetzung in der Praxis abhängen“, gibt dbb Landeschef Frank Becker zu bedenken. ■

## dbb Bundesfrauenkongress

# Landesfrauenvertretung Berlin setzt starke Akzente

**Der 13. dbb Bundesfrauenkongress am 20./21. März 2026 hat mit über 300 Beschlüssen ein starkes Signal für Gleichstellung und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst gesetzt.**

Die Landesfrauenvertretung des dbb berlin konnte dabei deutliche Akzente setzen. Alle von den Berlinerrinnen eingebrachten Anträge wurden angenommen und prägten damit die Beschlusslage des Kongresses maßgeblich:

So sollen sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt verbindlich im Arbeitsschutz verankert werden – mit klaren Meldewegen, Schulungen und konsequenten Sanktionen.

Ein weiterer von der dbb landesfrauenvertretung berlin initiiertes Beschluss zielt auf die Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) ab, dessen Bedeutung für die Stärkung der Rechte von trans-, inter- und nicht binären Menschen ausdrücklich unterstrichen wird. Es gelte jetzt, durch eine ausgewogene Umsetzung die Gleichstellungsarbeit unter Berücksichtigung bestehender Schutzstrukturen zu unterstützen. Dazu zählten insbesondere gezielte Informations- und Schulungsangebote für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, für Personalstellen und auch für Sicherheitsbehörden, um einen sachgerechten, respektvollen und rechtssicheren Umgang im Arbeitsalltag zu gewährleisten.

### Mehr Anerkennung für frauenpolitisches Engagement

Auch die Forderung der Berliner dbb frauen nach mehr Anerkennung für das Engagement in der Frauen- und Gleichstellungspolitik fand die Zustimmung

des Kongresses. So soll ein derartiges Engagement auch stärker bei der Vergabe von Bundesverdienstkreuzen berücksichtigt werden.

Ein weiterer vom Kongress beschlossener Berliner Antrag zielt auf den Zugang zu sozialen Vergünstigungen für Teilzeitbeschäftigte ab.

Bei der Veranstaltung war die Landesfrauenvertretung Berlin neben ihrer Vorsitzenden Silke Jonas vertreten durch Synnöve Nüchter, die in ihrem Amt als Beisitzerin in der geschäftsführenden Bundesfrauenvertretung bestätigt wurde, Petra Woosmann, Anna Maria Althelmig, Gabriele Kasigkeit und Daniela Preetz

### Prominente Unterstützung

Prominente Unterstützung für die gewerkschaftliche Frauenpolitik kam bei dem Kongress mit den Bundesministerinnen Stefanie Hubig (Justiz) und Bärbel Bas (Familie, Senioren, Frauen und Jugend) aus der Bundesregierung.

Auch der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer betonte die Notwendigkeit der Gleichstellungsarbeit: „Wir stehen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, deshalb müssen wir auch im öffentlichen Dienst für Chancengleichheit sorgen.“

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz, wurde bei dem Kongress in ihrem Amt bestätigt.

Petra Woosmann, Anna Maria Althelmig, Milanie Kreuz, Gabriele Kasigkeit, Daniela Preetz, Synnöve Nüchter und Silke Jonas (von links)



© BSBD (2)

Holger Oesten (Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen), Justizsenatorin Felor Badenberg, Reg. Bürgermeister Kai Wegner, Sven Rösler (Personalratsvorsitzender), Annett Karstedt (Frauenvertreterin) (von links)

## Besuch vom Regierenden Bürgermeister ...

... hatten am 17. April 2026 die Jugendstrafanstalt und die Justizvollzugsanstalt Heidering. Personalrat, Beschäftigte und auch der BSBD freuten sich über das anerkennende Interesse des Besuchs, zu dem auch Justizsenatorin Felor Badenberg gehörte. ■



Justizsenatorin Felor Badenberg, Reg. Bürgermeister Kai Wegner, Björn Ritter-Schlegel (Personalratsvorsitzender), Andreas Krätz, Leiter der JVA Heidering (von links)

## Neufassung der Mutterschutzverordnung

# Besonderheiten des Vollzugs beachten!

**Der dbb berlin hat Finanzsenator Stefan Evers darauf hingewiesen, dass spezifische Gefährdungslagen im Justizvollzug bei der Neufassung der Mutterschutzverordnung Beachtung finden müssen.**

In einer Stellungnahme zu dem Verordnungsentwurf verweist der dbb berlin in diesem Zusammenhang insbesondere auf den unmittelbaren Kontakt mit Inhaftierten, die erhöhten Sicherheitsanforderungen sowie physische und psychische Belastungen im Dienstalltag.

Vor diesem Hintergrund müsse die Umsetzung der mutterschutzrechtlichen Vorgaben klarer definiert werden. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass unmittelbar nach Bekanntwerden einer Schwangerschaft eine Gefährdungsbeurteilung stattfindet und geeignete Schutzmaßnahmen – einschließlich alternativer Einsatzmöglichkeiten außerhalb des unmittelbaren Vollzugsdienstes – geprüft werden.

### Einheitliche Maßstäbe erforderlich

Insbesondere die Frage der weiteren Einsatzfähigkeit im Vollzug tritt nach Feststellung des dbb berlin in

der Praxis häufig auf und führt zu unterschiedlichen Konsequenzen. Damit künftig einheitliche Maßstäbe gelten, regt der dbb berlin ergänzende Ausführungshinweise oder dienststellenübergreifende Regelungen an.

Insgesamt wird die vorgesehene Neufassung vom dbb berlin und seiner Landesfrauenvertretung begrüßt. Insbesondere die stärkere Orientierung an den Regelungen des Mutterschutzgesetzes sowie die dynamische Verweisung auf dessen Vorschriften trügen dazu bei, den Mutterschutz im Beamtenbereich an die aktuelle Rechtslage anzupassen.

Auch die erweiterten Schutzfristen nach Fehlgeburten finden die ausdrückliche Zustimmung des dbb berlin. ■



© Taawon - stock.adobe.com

## Gefährliches Politikversagen!

**Der Vorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf, hat der Politik eine mittlerweile 20-jährige Untätigkeit im Zusammenhang mit den wachsenden Gewalttaten durch verhaltensauffällige und oft polizeibekannte Täter vorgeworfen.**

Als unredlich bezeichnete Pfalzgraf in diesem Zusammenhang die Kritik aus dem Lager der Grünen und der Psychotherapeutenkammer Berlin an einem Pilotprojekt, mit dem die Berliner Polizei jetzt diese gefährliche Entwicklung endlich eindämmen will. „Die Vorwürfe, die Polizei Berlin würde Menschen mit psychischen Erkrankungen unter einen Generalverdacht stellen, sie diskriminieren und stigmatisieren, sind hanebüchener Unsinn“, ließ Pfalzgraf wissen.

### Defizite im Gesundheitssystem

Für den DPoIG-Landeschef wird mit derartigen Einlassungen vielmehr von Problemen im Gesundheitssystem abgelenkt und hingegenommen, dass täglich Menschen in dieser Stadt Opfer von Gewalttaten durch oftmals polizeibekannt Personen mit Verhaltensauffälligkeiten oder psychisch Kranke werden.

Als Beispiel für diese Entwicklung nannte Pfalzgraf den Fall des im August 2025 im saarländischen Völklingen im Dienst erschossenen Polizeioberkommissar Simon Bohr. Täter war ein an Schizophrenie erkrankter 19-Jähriger. Simon Bohr starb noch am Tatort, der 19-Jährige wurde wegen Schuldunfähigkeit freigesprochen beziehungsweise lediglich wegen besonders schweren Raubes nach Jugendstrafrecht verurteilt und viel zu spät in der geschlossenen Psychiatrie untergebracht.

Auch in Berlin haben es die Einsatzkräfte immer wieder mit bekannten, verhaltensauffälligen Personen zu tun, ohne dass frühzeitig wirksame Maßnahmen greifen.

Stattdessen lande, so die DPoIG Berlin, alles erst mal bei der Polizei, dann beim personell ausgebluteten sozialpsychiatrischen Dienst der Bezirke oder den Kri-

seninterventionsdiensten und schließlich in den seit Jahren völlig überlasteten Kliniken. Ohne eine umgehende ambulante Anschlusstherapie und sich selbst überlassen, verfielen die Betroffenen nach ihrer Entlassung meist schnell wieder in alte Verhaltensmuster wie Drogen- und Alkoholmissbrauch.

Insofern sei es nur eine Frage der Zeit, bis die gleichen Personen erneut mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, das Leben und die Gesundheit anderer Menschen bedrohten und schließlich wieder von der Polizei aufgegriffen würden.

Regelmäßig entwickelten sich bei derartigen Polizeieinsätzen wegen der irrationalen und unvorhersehbaren Verhaltensweise der Täter brenzlige Gefahrensituationen für die Polizisten.

### Verhängnisvoller Kreislauf

„Und dann beginnt die endlose Geschichte von vorn“, so Pfalzgraf.

Absolut unredlich nannte es Pfalzgraf, wenn vor diesem Hintergrund ausgerechnet Politiker, die dem verhängnisvollen Kreislauf tatenlos zuschauen, die neuen richtigen und wichtigen Wege der Polizei mit haltlosen Unterstellungen torpedieren.

Anders als die Berliner Kritiker befasse sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe (BLAG) schon länger mit dem Thema Risikoanalyse zur Verhinderung von Gewalttaten. Auch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) empfiehlt zur Prävention von Gewalttaten die Einrichtung von „forensisch-psychiatrischen Fachstellen bei Sicherheitsbehörden mit eigenständiger Expertise und klaren Datenschutzstandards“.

## Wahlhelfer gesucht!

**Für die Berliner Wahlen am 20. September 2026 bittet Landeswahlleiter Stephan Bröchler um Unterstützung.**

Auch wenn alle Bezirke bereits viele engagierte Wahlhelferinnen und Wahlhelfer gewinnen konnten, werden in der gesamten Stadt für die Durchführung der Wahlen weitere aktive Bürgerinnen und Bürger gesucht. Besonderer Bedarf besteht bei den Funktionsämtern (Wahlvorsteherinnen und Wahlvorsteher, Schriftführerinnen und Schriftführer) sowie in den Briefwahllokalen.

Der Landeswahlleiter erläutert: „Wahlhelferinnen und Wahlhelfer übernehmen am Wahltag wichtige Aufgaben. Sie prüfen die Wahlberechtigung, geben Stimmzettel aus, sorgen für einen ordnungsgemäßen Ablauf im Wahllokal und zählen nach Schließung der Wahllokale die abgegebenen Stimmen aus.“

Aktuell sind mehr als 2.500 Urnenwahllokale vorgesehen. Hinzu kommen etwa 1.300 Briefwahllokale. In jedem

Wahllokal sollen neun Mitglieder des Wahlvorstandes tätig sein. Zusätzlich werden Reserven für kurzfristige Ausfälle benötigt. Stand Mitte April fehlten noch etwa 9.000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer.

Alle Interessierten können sich online über folgenden Link melden: <https://olmera.verwalt-berlin.de/ant/olav/antrag/wahlhelfer/1>.

Weitere Informationen über die Anmeldung, die Tätigkeit der Wahlhelfer und das Erfrischungsgeld sind auf der Internetseite des Landeswahlleiters abrufbar unter:

<https://www.berlin.de/wahlen/organisation/wahlhelfende>.

Unter [www.berlin.de/wahlen](http://www.berlin.de/wahlen) stehen auch weitere Informationen zu den Berliner Wahlen am 20. September 2026 zur Verfügung.

## Motzstraßenfest – wieder mit dem dbb berlin!

**Auch beim 32. Lesbisch-Schwulen Stadtfest Berlin (Motzstraßenfest) am Samstag, dem 18., und Sonntag, dem 19. Juli 2026, wird der dbb berlin mit einem Info-Stand dabei sein. Das Fest, das im Regenbogen-Kiez rund um den Nollendorfplatz in Berlin-Schöneberg stattfindet, gilt als größtes Event dieser Art in Europa. Geboten wird ein buntes Programm aus Politik, Kultur und Unterhaltung.**

Für den dbb berlin und einige seiner Fachgewerkschaften ist es bereits das 14. Mal, dass sie aktiv an dem Fest mitwirken und ihr Engagement für Offenheit und Toleranz nachdrücklich unter Beweis stellen.

„Wir rechnen auch in diesem Jahr an unserem Info-Stand mit zahlreichen gewerkschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern aus den Fachgewerkschaften des dbb berlin, die für die Besucher als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sicherlich werden auch Vertreter/innen des Senats und aus dem Abgeordnetenhaus vorbeischauen. Am dbb Stand erwartet

werden auf jeden Fall auch in diesem Jahr der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, und Finanzsenator Stefan Evers“, kündigte dbb Landeschef Becker an.

Täglich ab 11 Uhr präsentieren sich auf 20.000 m<sup>2</sup> das breite Spektrum lesbischer, schwuler, bisexueller und transidentischer Projekte, Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Organisationen.

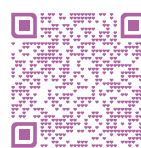
Zu finden ist der dbb berlin in der Eisenacher Straße in der sogenannten Politikwelt. ■



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
**berlin**

**und seine 35 Fachgewerkschaften und Verbände**

[www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin)





## Siemensstadt

# Weltkulturerbe und denkmalgeschützte Werkssiedlungen

Teil des „Panzerkreuzers“ von Scharoun mit nautischen Elementen

Sechs „Siedlungen der Berliner Moderne“ wurden 2008 als herausragende Beispiele der Wohnungsarchitektur der 1920er-Jahre in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen. Eine davon ist die Großsiedlung Siemensstadt, auch als Ringsiedlung bekannt.

Ringsiedlung deshalb, weil hier die Architektenvereinigung „Der Ring“ unter Leitung von Hans Scharoun ihre Vorstellungen von einem durch Licht, Sonne und Luft geprägten sozialen Wohnungsbau umsetzen konnte. Beteiligt waren namhafte Architekten der Moderne, unter anderem Walter Gropius, Otto Bartning und Hugo Häring, mit jeweils mehreren Bauten.

Dahinter erschließt sich eine Siedlung, die durch größtenteils strahlend weiße Zeilenbauten, durch schnörkellose kubische Formen, mit Flachdächern, Balkonen und großen Grünflächen gekennzeichnet ist.

### Beeindruckender „Panzerkreuzer“

Für Siemensarbeiter waren diese insgesamt 1.370 zwischen 1929 und 1934 erbauten Wohnungen, die über ein funktionales Interieur mit Einbauküchen, Zentralheizung und Warmwasser verfügten, allerdings kaum erschwinglich.

Direkt am Eingang der Siedlung am Jungfernheideweg beeindruckten den Besucher zwei spitzwinklig aufeinander zulaufende Zeilenbauten von Hans Scharoun, die wegen ihrer aus der Seefahrt abgeleiteten Gestaltungselemente als „Panzerkreuzer“ bezeichnet werden.

### Denkmalgeschützte Werkssiedlungen

Für sie sorgte die Firma Siemens, die Ende des 19. Jahrhunderts große Brachflächen nördlich der Spree um

Wer mit der U-Bahn ankommt, sieht schon in der Station, was den Stadtteil geprägt hat.



Typischer Wohnblock in der Großsiedlung Siemensstadt



Eingang zu einer Werks-siedlung

den Nonnendamm herum aufgekauft hatte, um ihre Produktionsstätten in Berlin zusammenzuführen. Schon vor dem 1. Weltkrieg hatte der Konzern an seinem verkehrstechnisch praktisch damals nicht ange-bundenen neuen Standort den Bau zweier Wohnan-lagen für seine Mitarbeiter durch die Charlottenburger Baugenossenschaft initiiert. Angesichts der Woh-nungsnot nach dem Krieg und auch, um qualifizierte Arbeitskräfte an das Unternehmen zu binden, ging man aber zu Beginn der 20er-Jahre dazu über, selbst Werkswohnungen zu bauen: Zwischen 1921 und 1930 entstand nach den Entwürfen von Hans Hertlein die „Siedlung Siemensstadt“ mit über 500 Wohnungen. Hertlein, der maßgeblich auch für die Industriebauten des Unternehmens verantwortlich zeichnete, setzte bei dieser Wohnsiedlung, wie kurz darauf in noch stär-kerem Maße die Architekten der Ringsiedlung, Ideen der Reformarchitektur mit großflächigen Grünanlagen und ruhigen Wohnstraßen um.

### Stärkerer Zusammenhalt

Die Architektur Hertleins zielte aber auch darauf ab, den Zusammenhalt der dort wohnenden Siemens-arbeiter zu stärken. Bogengänge führen praktisch in eine eigene kleine Stadt, die mit Kirchen, Läden, sozialen, kulturellen Einrichtungen und fast dörflich wirkenden Plätzen ausgestattet ist und im krassen Gegensatz zu den damals üblichen innerstädtischen Mietskasernen steht. Noch heute präsentiert sich die Siedlung als Oase der Ruhe.



© Annemarie Wellige (4)



Ein eher dörf-licher Charakter prägt die Werksiedlungen.

Fast gleichzeitig mit der „Ringsiedlung“ entstanden bis 1933 weitere Werkswohnungen in der „Siedlung Heimat“ mit über 1.000 Wohnungen, die wiederum von Hans Hertlein konzipiert, aber in Kooperation mit externen Wohnungsgesellschaften erstellt wurden. Siemens stellte die Grundstücke zur Verfügung und sicherte sich bei den Wohnungsgesellschaften als Gegenleistung das Recht zu, die Wohnungen ausschließlich an seine Beschäftigten zu vermieten.

Alle drei Siedlungen stehen unter Denkmalschutz und sind einen Besuch allemal wert: Nicht nur, weil das Bauhaus-Jubiläum 2019 der Richtung zu großer Popularität verholfen hat, sondern auch, weil sich die Architektur als wegweisend für den Städtebau erwiesen hat.

Zufluchtsort (lat.)	engl. Adelstitel: Graf	törichter Einfall (ugs.)	Verkehrsmittel (Kurzwort)	geistliches Lied (USA)	baschkirische Hauptstadt	Kalifenname	ein Pariser Flughafen	ausführen, verrichten	österr. Abtei an der Donau	Adelsprädikat	Fluss zur Aller (Oberharz)	franz. unbestimmter Artikel
→	→	→	↻ 4	→	→	→	→	→	→	↻ 1	→	↻
somit, mithin	→	→	→	blass, bleich	→	→	→	→	→	→	→	↻
→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
Wind am Gardasee	↻ 6	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	↻ 7
schlechter Mensch, Schuft	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
kalt, frisch	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
Flaumfeder	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
dt. Bundespräsident: ... Carstens	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
Gebirgsmulde	↻ 5	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	↻ 3

**Unsere Gewinnerin**  
 Richtig geraten und sich mit einer Begleitperson in der Taverna Hellas kulinarisch verwöhnen lassen kann  
 Susanne Zühlke, 10965 Berlin.  
 Das Lösungswort war „azurblau“.

## Nochmals drei Schreibmappen ...

... warten auf einen neuen Besitzer. Verlost werden sie wieder unter den Einsendern des richtigen Lösungsworts bei unserem aktuellen Schwedenrätsel.

Raten Sie mit und schicken Sie das Lösungswort bis 15. Mai 2026 an:

dbb berlin  
 post@dbb.berlin  
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Annemarie Wellige

**PREISRÄTSEL**



## Neu: digitaler Kompetenznachweis

Ab sofort lassen sich auf der Plattform „engagiertes.berlin“ im Ehrenamt erworbene Kompetenzen einfach dokumentieren und für Bewerbungen in Beruf, Studium und Ausbildung nutzen.

Durch freiwilliges Engagement erworbene Fähigkeiten und Fachkenntnisse, wie etwa Projektkoordination, Kommunikationsfähigkeit oder auch Teamleitung und Konfliktlösung, bleiben oft unzureichend berücksichtigt. Mit dem digitalen Kompetenznachweis werden im freiwilligen Engagement erworbene Fähigkeiten jetzt offiziell nachgewiesen. Damit verbunden ist ein erweitertes Verständnis von Kompetenzerwerb, das Erfahrungen aus freiwilligem Engagement systematisch einbezieht.



Der Nachweis ist denkbar einfach: In einem Online-Formular erfasste Tätigkeiten werden als übersichtliches PDF-Dokument generiert, das nach Bestätigung durch die Organisation, in der sich die Person engagiert, ein offizieller Nachweis ist, der beispielsweise Bewerbungsunterlagen beigelegt werden kann. ■

### Letzte Meldung

## Gesetzentwurf vorgelegt

Nach Redaktionsschluss ist dem dbb berlin der Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2026 und 2027 (BerIBV AnpG 2026-2027) von CDU und SPD zugegangen.

In einer ersten Stellungnahme hat dbb Landeschef Frank Becker den Entwurf als annehmbar bewertet. Das hauptstadt magazin wird in der Juni-Ausgabe ausführlich berichten.